IPG

KOMMENTAR 17.05.2015 | Volker Stanzel

# Der wahre chinesische Traum

## Weshalb China auf eine globale statt auf eine sinozentrische Zukunft setzen könnte.

Die Situation in Ostasien wird gerne mit der in Europa vor 1914 verglichen. Zwar will heute keine der Parteien in Ost- oder Südostasien einen bewaffneten Konflikt – ein gewichtiger Unterschied – doch als „Unfall“ oder auch ausgelöst durch nordkoreanische Provokationen ist er nicht auszuschließen. Denn während China die ersten dreißig Jahre seiner Reform- und Öffnungspolitik bestrebt war, sich ein friedliches regionales Umfeld zu schaffen, tritt es jetzt durchsetzungswilliger und risikobereiter auf. Damit stellt es die bestehende regionale Ordnung in Frage. Die Konsequenz lässt sich an Meinungsumfragen weltweit ablesen: Die Furcht vor durch China verursachten bewaffneten Konflikten nimmt zu. Schädliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und auf Europa wären unvermeidbar.

Mit Xi Jinping steht seit 2013 ein Mann an der Spitze der Volksrepublik, der mit großer Verve versucht, das Land an stabilitätsgefährdende Verwerfungen im Innern und sein gewachsenes Einflussvermögen nach außen anzupassen. Xis China ist durch eine Konzentration der Macht in seinen Händen und bei der Partei charakterisiert sowie durch Korruptionsbekämpfung, Re-ideologisierung, Medien-, Internet- und Diskurskontrolle, funktionale Verbesserungen des Wirtschaftssystems durch eine größere Rolle des Markts, den Aufbau eines sozialen Sicherungssystems sowie eine aktivere Außenpolitik. China will sich nicht binden, sondern ein günstiges Umfeld durch bilaterale Beziehungen schaffen. Es bestraft unfreundliche, belohnt freundliche Staaten.

# Neue chinesische Initiativen

Die Einflussmöglichkeiten des Landes sollen dabei durch neue chinesische Initiativen für internationale Einrichtungen verbessert werden. Zu dieser auf das eigene Land ausgerichteten geoökonomischen

Neuerungen gehören die „Neue Seidenstraße“ (von China mit 50 Milliarden Dollar ausgestattet), die „Maritime Seidenstraße“, die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (mit 40 Milliarden Dollar Gründungsgeldern versehen), oder die New Development Bank (NDB) der großen Schwellenländer. Sie unterfüttern das von Xi eingeführte Konzept des „chinesischen Traums“, der (unter anderem) als Wiedereinnahme von Chinas historisch rechtmäßigem Platz in der Welt definiert wird.

Dazu gehört die robuste Vertretung von Chinas – auch territorialen – „Kerninteressen“, eine militärische Aufrüstung sowie die Schaffung einer „maritimen Großmacht“. Dabei bietet Xis China den USA ein Einverständnis der beiden Weltmächte mit der Vorstellung einer neu zu etablierenden hierarchischen und sinozentrischen Ordnung in Ost- und Südostasien an – „Der Pazifik“, so heißt es, „ist groß genug für beide“. Die Folge wäre eine amerikanisch-chinesische „G2“.

***Dass Xi Jinping diesen Prozess mit seinen ungeheuren Kräften aufhalten und das Land zurück in die Zeit von Maos China führen könnte, ist wenig plausibel.***

Aus Perspektive der USA, die mindestens so stark wie Europa vom Aufstieg Ostasiens profitiert, ist die Fortsetzung der dynamischen Entwicklung Chinas ebenso wünschenswert wie die der anderen Staaten Ost- und Südostasiens. Sie beruhte bislang allerdings auf einem internationalen Regelsystem, wie es sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs als normativer Rahmen der Globalisierung herausgebildet hat. Mit der Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 hat die internationale Gemeinschaft das Prinzip der Gleichheit der Staaten festgeschrieben. Hiervon profitieren die demokratisierten Nachbarn Chinas. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb internationaler Organisationen, Allianzen und Staatengruppen die Politik auch anderer Staaten zu beeinflussen und damit die Entwicklung der sich globalisierenden Welt im eigenen Interesse mitzubestimmen.

Der von Robert Zoellick geprägte Begriff eines *responsible stakeholders* am internationalen System war zwar auf China gemünzt, gilt aber grundsätzlich für jedes Mitglied der internationalen Gemeinschaft. So sehr die Staaten Asiens von dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas profitieren, könnte ihnen ein sinozentrisches Modell der asiatischen Staatengemeinschaft eine solche Teilhabe nicht bieten. Schon das aktuelle offensive chinesische Vorgehen im Südchinesischen Meer wirkt

abschreckend genug.

Zwar werden die Staaten ungern zwischen der sicherheits- und wertepolitischen Nähe zu den USA und der Wirtschaftsbindung an China wählen wollen, zu einer solchen Wahl könnten sie jedoch gezwungen werden. Dann wären Konflikte programmiert. Daraus folgt, dass sich die USA nicht auf die von China vorgeschlagene Partnerschaft zulasten anderer US-Partner einlassen können, ohne Friktionen mit ihren asiatischen Partnern zu riskieren.

## Japanisches Gefühl der Bedrohung

Im Falle Japans, der stärksten, stabilsten und reichsten Demokratie Asiens, kommt ein weiterer Faktor hinzu: Japan war Chinas engster westlicher Partner bis Chinas jüngste Wachstumsphase mit dem WTO-Beitritt im Jahr 2001 einsetzte. Allerdings war Japans Haltung bereits seit dem Ende des Wirtschaftsbooms 1990 angesichts des chinesischen Machtzuwachses von zunehmender Unsicherheit gekennzeichnet. Die seit 2010 andauernden Auseinandersetzungen um die Inseln im Ostchinesischen Meer verbunden mit dem wiederholten Eindringen chinesischer Militärkräfte in japanische Hoheitsgebiete haben das japanische Gefühl der Bedrohung verstärkt.

Die Folge ist eine grundlegende Neuabstimmung der japanischen Verteidigungspolitik mit den USA und die Intensivierung auch der sicherheitspolitischen Beziehungen zu den als demokratischen Wertepartnern verstandenen Staaten Südost- und Südasiens. Zudem rüstet Japan nach Jahrzehnten zurückgehender Militärausgaben nun wieder auf. Friktionen im Verhältnis zu China, die unkontrolliert eskalieren und noch verschärft werden könnten durch den derzeitigen bitteren Disput über die Vergangenheitsbewältigung Japans, sind daher nicht auszuschließen.

Letzten Endes liegt aber der Schlüssel zu Frieden und Sicherheit im pazifischen Zeitalter in der Aussicht, die bisherige Modernisierung und Demokratisierung der internationalen Beziehungen fortführen zu können. Die Welt ist moderner, als dass sie dem „Traum“ von einem anachronistischen sinozentrischen Staatenmodell entsprechen könnte. China wandelt sich kontinuierlich. Dass Xi Jinping diesen Prozess mit seinen ungeheuren Kräften aufhalten und das Land zurück in die Zeit

von Maos China führen könnte, ist wenig plausibel.

Die derzeitige Vorstellung von Xis China dient möglicherweise eher der Selbstvergewisserung der herrschenden KP in Zeiten einer kaum kontrollierbaren Modernisierungsdynamik. Der wahre chinesische Traum unterscheidet sich jedoch nicht von dem westlichen: Es ist der einer globalisierten Welt wachsenden Wohlstands und der Freiheit des Individuums. Für die Europäer und Amerikaner ist daher eine klare eigene Positionierung dort wichtig, wo die Prinzipien des internationalen Systems berührt werden, ob im Süd- oder Ostchinesischen Meer oder bei institutionellen Fragen. China wandelt sich durch Einbeziehung. Die Involvierung Chinas in eine Welt gegenseitiger Verantwortung hat dieses Land bereits zu einem in den meisten Fragen noch nicht aktiven, aber bereits kooperativen Partner gemacht. Die Chance ist daher groß, dass China als normative Kraft mit der gesamten Staatengemeinschaft nicht auf ein sinozentrisches Jahrhundert, sondern auf ein globales hinarbeitet.

---



**Volker Stanzel**
Berlin

Dr. Volker Stanzel, ehemaliger Politischer Direktor im Auswärtigen Amt und deutscher Botschafter in China und in Japan, arbeitet als *Senior Distinguished Fellow* in der Forschungsgruppe Asien in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

# 4 LESERBRIEFE

## **Hans Oppenheimer** schrieb am 19.05.2015

## Den letzten Satz glauben Sie doch selbst nicht?

Normative Kraft für was?
Gott segne ihren Eurozentrismus. Wie schön, dass doch alle werden wollen wie wir...

---

**Joachim Tesch** schrieb am 19.05.2015

---

Der Autor meint wohl, China solle sich in die von den USA dominierten globalen Organisationen einordnen, ohne dass die USA bereit sind, die zunehmende Multipolarität zu akzeptieren (s. z. B. IWF und Weltbank). So wird das nicht gehen!

---

**Mark Merz** schrieb am 19.05.2015

---

Staaten handeln entsprechend ihren machtpolitischen Interessen. In der Regel ist es dabei hilfreich, die wahren Interessen nicht offen zu legen, sondern hinter hehren Zielen und schönen Phrasen zu verstecken. Die USA zum Beispiel haben das perfektioniert und auch die chinesische Führung weiß das nur zu gut. Die Art und Weise wie die chinesische Parteiführung in den 90er Jahren ideologischen Balast über Bord geworfen und ihren Machtanspruch mit kapitalistischen Wirtschaftskonzepten verbunden hat, um mit der

wachsenden Wirtschaftskraft das aussenpolitische Gewicht Chinas zu stärken, lässt dabei an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Das Mitwirken in global(isiert)en Institutionen dürfte einer ähnlichen Logik Folgen.

Ich kann aus vorliegendem Artikel aber nicht erkennen, welchen Vorteil China haben sollte, NICHT auf eine sinozentrische Welt hinzuarbeiten. Woher der Autor die Zuversicht nimmt, China könne sich in Wahrheit in das dem Westen dienende System des globalisierten Kapitalismus einfügen wollen, erschliesst sich mir daher nicht.

---

**Noboru Miyazaki** schrieb am 20.05.2015

---

Die Positionierung der Abe Regierung mit ihrer militärisch gerichteten Politik ist eine konsequente Reaktion auf Chinas jüngster Entwicklung. Es ist schwer, in dieser Zeit ein noch leicht zu verstehendes pazifistisches Argument zu finden. Der Artikel 9 der japanischen Verfassung war ja nicht nur für Japan relevant, vielmehr war er für die Nachbarstaaten. Und wenn sie uns vorführen, dass es dumm ist, so einen Artikel zu haben, indem z.B. China oder Südkorea

ständig um die „lächerlichen“ Inseln herum militärische Macht demonstrieren, dann muss man als Verantwortliche darauf reagieren. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist es noch nie so nah gewesen, zum militärischen Konflikt zwischen China und Japan zu kommen. Zu mindestens bereitet sich die Abe Regierung darauf, nicht nur juristisch mit den sicherheitspolitischen Gesetzgebungen sondern auch psychologisch. Nur psychologisch gesehen wäre es nicht zu unterschätzen, und zwar viele chinesische Touristen in Japan oder vielleicht japanische in China. Ich sah auf jeden Fall bei den Chinesinnen im Kimono in Kyoto eine gewisse Hoffnung.

---